
Buchbesprechungen

Hartmut Tofaute, Der große Ausverkauf. Die Privatisierung von Bundesunternehmen durch die Regierung Kohl, Bund-Verlag, Köln 1994, 338 S., 48 DM.

Die Publikation basiert, wie es in einer Vorbemerkung heißt, „auf einer Untersuchung zur Privatisierungspolitik der Bundesregierung seit Herbst 1982, die unter dem Titel „Gesamtwirtschaftliche, einzelwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Bedeutung der Privatisierung von Bundesunternehmen“ vom Autor am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung angefertigt wurde.“ Diese längst überfällige Arbeit des kenntnisreichen Verfassers stellt einen beachtlichen Beitrag zu der andauernden Diskussion über die Rolle öffentlicher und

gemeinwirtschaftlicher Unternehmen in einer weitgehend vom „Markt“ geprägten Wirtschaftsordnung dar.

Der Hauptteil des Buches konzentriert sich auf die Darstellung der seit 1982 erneut anhebenden „amtlichen“ Privatisierungspolitik. Es wird ein Überblick über den Beteiligungsbesitz des Bundes und die Veränderungen gegeben, die dieser durch die Privatisierungen erfahren hat. Der Autor schildert die rechtlichen und ordnungspolitischen Aspekte der unternehmerischen Betätigung der öffentlichen Hand und gibt einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft seit dem vorigen Jahrhundert. Zahlreiche Tabellen, Übersichten und Schaubilder machen das Buch für jeden, der sich mit der Proble-

matik der öffentlichen Wirtschaft beschäftigt, zu einem wertvollen Kompendium. Ein ausführliches Verzeichnis der verwendeten Literatur, offizieller Dokumente, Stellungnahmen und Veröffentlichungen ergänzt die faktenreiche Darstellung.

Für einen gewerkschaftsnahen Autor ist es selbstverständlich, daß Tofaute auch die gewerkschaftlichen Stellungnahmen und Verlautbarungen zur Privatisierung ausführlich wiedergibt. Indem sich das Werk überstark auf die Privatisierungspolitik seit 1982 konzentriert, tritt aber völlig in den Hintergrund, daß es schon seit Jahrzehnten, genaugenommen seit Anfang der fünfziger Jahre, eine erste Privatisierungswelle gegeben hat, die den Boden für die jetzt rollende zweite Privatisierungsphase vorbereitete. Was die Regierung Kohl heute zu vollziehen trachtet, ist von der Regierung Erhard, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten, vorexerziert worden, so daß sich die in der heutigen Privatisierungsdiskussion verwendeten Pro- und Kontra-Argumente nur kaum von jenen der seinerzeitigen Debatte unterscheiden.

Dies wäre dem Autor wohl aufgefallen, wenn er in seiner Untersuchung der Jahre ab 1982 nicht nur die früheren Debatten, sondern auch einen geradezu historischen Tag übersehen hätte, den 27. Oktober 1983. An diesem Tag hielt die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft in Bonn eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung ab, auf der der damalige Finanzstaatssekretär und heutige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer erstmals offiziell die neue Privatisierungspolitik der Regierung Kohl verkündete. Kollegen der ÖTV und ich nahmen die Gelegenheit wahr, dem Regierungsvertreter die ehemalige Volksaktienideologie der Erhard-Leute entgegenzuhalten und sie mit der nunmehr entideologisierten Politik des Ausverkaufs der öffentlichen Hand zu vergleichen. Auf diese für den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Kohl-Privatisierung wichtige Veranstaltung er-

fährt der Leser im Text keinen kommentierenden Hinweis. So bleibt der Eindruck, daß die Überfülle des vorhandenen Materials den Verfasser veranlaßt hat, auch dort Kürzungen vorzunehmen, wo sie für das Verständnis der gewerkschaftlichen Privatisierungsdiskussion besser vermieden worden wären.

Kurt Hirche,
Bonn

Rolf W. Nagel, Die Transformation der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) als morphologisch-typologisches Problem. Die Entstehung und Entwicklung eines Kreditinstituts (Schriften zum Genossenschaftswesen und zur Öffentlichen Wirtschaft, Band 32), Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1994, 341 S., 118DM.

Das unternehmerische Scheitern von Neuer Heimat und Coop und die Transformation der gewerkschaftlichen und konsumgenossenschaftlichen Gemeinwirtschaft in den achtziger Jahren führte in den Gewerkschaften zu lebhaften Debatten über (Defizite der) Theorie und Praxis gemeinwirtschaftlicher Unternehmen. Teilweise kam es dabei zu einer Absage an die Idee der Gemeinwirtschaft überhaupt. Einen höchst informativen Beitrag zur Klärung von Begriffen und Konzepten anhand einer unternehmens-typologischen Untersuchung leistet die Kölner Dissertation von Rolf W. Nagel.

Der Verfasser zeichnet dazu im ersten Teil seiner Arbeit in knappen, klaren Ausführungen die Theorie gemeinwirtschaftlicher Unternehmen und Betriebe (in der Trägerschaft öffentlicher Körperschaften oder freier Assoziationen), die im öffentlichen Auftrag oder in frei gewähltem kommunitärem Engagement unmittelbar an der Erfüllung bestimmter Aufgaben mitwirken, die als gesellschaftliche Ziele anerkannt sind. Sie erfüllen dabei als „Lückenbüßer“ (Theo Thiemeyer) meritokratische Funktionen, die das privatwirtschaftliche System nicht (hinreichend) erfüllen kann und tragen auf diese Weise dazu bei, den Markt und den vorherr-

sehenden privatwirtschaftlichen Unternehmenstyp sozialverträglich in die Gesellschaft einzubetten. Auf der Grundlage dieser seit der deutschen Finanzklassik entstandenen und in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, insbesondere durch Hans Ritschi und Gerhard Weisser weitergebildeten Theorie, entwickelten seit dem Ende der sechziger Jahre Walter Hesselbach und Achim v. Loesch - angesichts einer weitgehenden Sprachlosigkeit von Seiten der Gewerkschaften als Unternehmensträger - die Unternehmensphilosophie der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft (52 f.).

Im Anschluß in die theoretische Grundlegung werden in Teil II die Geschichte der Arbeitnehmerbanken in Deutschland bis 1933 und in Teil III die 1949/50 neu gegründeten gewerkschaftlich-konsumgenossenschaftlichen Kreditinstitute bis zu deren Fusion zur BfG im Jahr 1958 behandelt. Der Teil IV untersucht sodann die unternehmenstypologische Transformation der BfG im Zeitablauf.

Der von Hesselbach und v. Loesch entwickelten Konzeption lassen sich vier für die BfG wesentliche Aufgabenbereiche entnehmen: Hausbankfunktion für die Träger, Förderung des Wettbewerbs im Kreditgewerbe, Vorbildfunktion im tarif- und sozialpolitischen Bereich, Gewinnverwendung im öffentlichen Interesse (180 f.). Nagel untersucht den widmungstypologischen Charakter dieser Aufgabenbereiche und den Grad ihrer Erfüllung anhand der personengebundenen Grundlagen des Handelns bei Unternehmensführung und Repräsentanten der Trägerorganisationen, der institutionellen Grundlagen des Handels, sowie sonstiger objektiver Grundlagen (z. B. der Lebenslage von Mitarbeitern oder Kundenzielgruppen, der Wettbewerbssituation).

Die von der BfG erfüllte Aufgabe, ihren Trägern und den weiteren Unternehmen des gewerkschaftlich-konsumgenossenschaftlichen Interessenbereichs als Hausbank zu dienen, wird vom Verfasser

als gruppenwirtschaftliche Widmung klassifiziert, die „angesichts der allgemeinen Anerkennung der Aufgaben und Leistungen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften als Ordnungsfaktor“ im System der Sozialen Marktwirtschaft als teilweise „gemeinwirtschaftlich i.w.S.“ gekennzeichnet werden kann (215 f.).

Einen spezifischen Beitrag zur Förderung des (Preis-)Wettbewerbs im Kreditgewerbe vermochte die BfG nicht zu leisten, weil es ihr - trotz zeitweilig überdurchschnittlicher Wachstumsraten des Geschäftsvolumens - nicht gelang, einen im Vergleich zu bedeutenden Wettbewerbern relevanten Marktanteil zu erringen. Gemeinwirtschaftliche Motivationselemente im Leistungsprogramm Wettbewerb identifiziert der Verfasser nur bei den Konditionen des Ratenkredits und dem seit 1985 eingeführten Umweltkredit.

Eine tarif- und sozialpolitische Vorbildfunktion im Sinn gewerkschaftlicher Zielsetzungen erfüllte die BfG mit der 1973 abgeschlossenen Betriebsvereinbarung zur Ergänzung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte über die Regelungen des Betr.VG 1972 hinaus (279 f.). Dieser Vereinbarung wurde 1990 vom Vorstand gekündigt. Bei der Gestaltung der Gehaltstarife zahlte die BfG „bis zur unteren Führungsebene durchaus höhere Jahresgehälter als die Wettbewerber. Dagegen lagen die Gehälter der mittleren und oberen Führungsebene grundsätzlich unter denen der größenordnungsmäßig vergleichbaren anderen Kreditinstitute“ (283). Beiden gruppenwirtschaftlichen Widmungselementen erkennt der Verfasser angesichts ihrer gedanklichen Ausstrahlung eine „gemeinwirtschaftliche Dimension i.w.S.“ zu (290). Ein eklatantes unternehmerisches Versagen hinsichtlich der deklarierten Vorbildfunktion stellt Nagel mit Recht bei der betrieblichen Weiterbildungs- und Kommunikationspolitik zur Pflege einer sinnorientierten Unternehmenskultur fest. Es ist in der Tat schwer verständlich, daß die Unternehmensführung darauf verzichtete, „der Mehrzahl der Mitarbeiter bis einschließlich der zweiten Führungsebene“ die eigene Un-

ternehmensphilosophie und die konzeptionellen Festlegungen der Träger nahezubringen (287). „Eine Gemeinwirtschaft ohne Gemeinwirtschaftler kann nicht funktionieren“, hat Klaus Novy zu Recht einmal gewarnt.

Hinsichtlich der Gewinnverwendung läßt sich kein eigenständiger Widmungstyp ermitteln, da die Gewinne in der BfG selbst verwendet wurden (vollständiger Rückfluß der ausgeschütteten Bilanzgewinne bzw. Rücklagenzuweisung von Jahresüberschüssen).

So wird in Nagels sorgfältiger Analyse die BfG von 1958 bis zur Veräußerung der Kapitalmehrheit an die AMB 1986 als privatwirtschaftlich-gruppenwirtschaftlicher Mischtyp mit partiell gemeinwirtschaftlichen Widmungselementen erkennbar. Seit 1987 vollzog sich eine deutliche Transformation in Richtung der privatwirtschaftlichen Widmungselemente. Spätestens seit 1990 stellt sich die „BfG Bank“ als ein widmungstypologisch rein privatwirtschaftliches Kreditinstitut dar. Die Mitarbeiter der Bank erlebten dies als eine teilweise schmerzhafteste Transformation.

Siegfried Katterle,
Bielefeld

Karl Schiller, *Der schwierige Weg in die offene Gesellschaft. Kritische Anmerkungen zur deutschen Vereinigung*, Siedler-Verlag, Berlin 1994, 205 S., 34 DM.

Das Thema der deutschen Vereinigung hat in den letzten vier Jahren so manchen Autor auf den Plan gerufen, der in den Jahrzehnten davor der Frage der innerdeutschen Ordnungs- und Lebensunterschiede kaum Aufmerksamkeit widmete — so auch den (jüngst verstorbenen) Ökonomen Karl Schiller, der 1970 Wirtschaftsminister in Bonn war, als unter der Regierung Brandt/Scheel der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ aufgelöst wurde. Ein Ersatz wurde zu keiner späteren Zeit geschaffen, so daß Schiller als Verfasser

seines Vereinigungsbuches freimütig einräumt, Bonn hätte 1990 den Vereinigungsprozeß „ohne Plan“ eingeleitet.

Wenn auch von Hause aus Hochschullehrer versteht es Schiller, sowohl argumentativ anspruchsvoll als auch für den Leser anschaulich und verständlich zu schreiben. Das Buch ist an ein nicht fachökonomisch geschultes, jedoch über das Zeitgeschehen mindestens durchschnittlich informiertes Publikum gerichtet. Durch einen wohlüberlegten Aufbau bleibt die Lektüre des Textes bis zur letzten Seite spannend.

Bei einem Rückblick auf die Weichenstellungen im Jahr 1990 deutet Schiller an, daß im Zusammenhang mit der deutsch-deutschen Währungsunion für die eine oder andere Entscheidung (so z. B. beim Umstellungssatz von DDR-Mark auf DM) andere Varianten vielleicht zweckmäßiger gewesen wären. Da er den Vereinigungsprozeß jedoch aus der Perspektive von „Versuch und Irrtum“ betrachten will, bleiben solche nachträglichen Korrekturen früher zu treffender Entscheidung müßig. Weniger milde geht der ehemalige Bundeswirtschaftsminister mit der Lohnpolitik im Beitrittsgebiet ins Gericht, die zwar eine schnelle Anpassung an das Nominal-Lohnniveau West zum Ziel hat, de facto jedoch bei fast unveränderter Arbeitsproduktivität eine erhebliche Vermehrung der Lohnstückkosten in den ostdeutschen Bundesländern bewirkt („aggressive Lohnpolitik“, „Aufholjagd“). In diesem Zusammenhang muß indes das schwache Engagement der West-Investoren erwähnt werden, das auch hinter Schillers Erwartungen zurückbleibt, so daß eine schnelle Modernisierung der ostdeutschen Produktion nicht stattfand.

Ein weiteres im Buch mehrfach angesprochenes Problem ist die Staatsverschuldung. Gegen die verstärkte Kreditaufnahme durch den Staat in Zeiten außerordentlicher Belastungen hat unser Autor kaum prinzipielle Vorbehalte. Theoretisch kann er sich dabei auf den britischen Ökonomen Adam Smith

beziehen, der im Fall finanzieller Herausforderungen des Gemeinwesens durch Kriege der vermehrten Schuldenaufnahme anstelle von Steuererhöhungen empfahl. Selbstverständlich seien die Schulden nach Kriegsende an die Gläubiger zurückzuzahlen. Als praktisches Vorbild erwähnt Schiller die Wirtschaftspolitik der USA während des Zweiten Weltkrieges, die zu einem maximalen Schuldenbestand in Höhe von 129 Prozent des amerikanischen Bruttosozialproduktes (1946) führte; durch disziplinierte Kredittilgung gelang in späteren Jahren eine Zurückführung dieser Quote auf das Vorkriegsniveau.

Angesichts des vielstimmigen deutschen Chors zu diesem Thema kann Schiller nicht ohne Sorgen in die Zukunft schauen. Für den überzeugten Marktwirtschaftler, der dem Zeitgeist entsprechend auch Positionen der Angebots- theorie übernommen hat, ist in erster Linie der weitere Anstieg der staatlichen Abgabenquote als Bremsklotz der Privatinitiative und damit der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland der Stein des Anstoßes. Schwerpunkte der Angebotspolitik bilden für Schiller vor allem die Senkung der (west-)deutschen Produktionskosten, die Deregulierung (in Ost wie West) auf breiter Front sowie die stärkere Orientierung der Tariflöhne an Bedingungen der betrieblichen Produktivität. Hierzu zählt unser Autor aber auch eine Korrektur der Arbeitspolitik,

wo das (seiner Ansicht nach) bisher vereinbarte Ziel an Arbeitszeitverkürzung durch eine Verlängerung ausgeglichen werden sollte.

Wer mit seinen wirtschaftspolitischen Überzeugungen fest im liberalen Ordnungsbild eines Walter Eucken (und Ludwig Erhard) verwurzelt ist, läuft kaum Gefahr, den Leser durch Fragen zum Umbau der Industriegesellschaft oder zum Nord-Süd-Problem zu verunsichern. Aus den Anmerkungen Schillers zu seinem Verständnis von Bildung („Beherrschung von Sprachen und Mathematik^..) um seiner selbst willen!“), S. 161) läßt sich ohne allzu viel Spekulation ableiten, daß die Entfaltung von Leistung in der politischen Debatte oder in der industriellen Produktion und das damit verbundene Zurückdrängen unterlegener Wettbewerber die permanente Reproduktion eines seit langem vertrauten Rahmens verlangt. Damit einher geht die hohe Wertschätzung von Disziplin, deren Vermittlung unser Autor im gegenwärtigen Bildungssystem vermißt.

Besondere Würze gewinnt die Lektüre des Textes an manchen Stellen durch Anmerkungen zu der einen oder anderen Person der Zeitgeschichte bzw. durch die Form, in der die Auseinandersetzung erfolgt. So quantifiziert Schiller die Zahl der die Materie voll überblickenden Sozialpolitiker auf drei.

Peter Saß,
Hamburg